

Fragen von Flucht-Punkt-Ländle zur Grünen Asylpolitik:

1. Viele Asylwerber müssen noch immer jahrelang auf die Entscheidung der Behörden warten. Sollte es Ihrer Meinung nach für Asylwerber mehr Möglichkeiten zum Arbeiten geben?

Absolut. Das Vorarlberger Modell, umgesetzt von der Caritas, hat sich in dieser Hinsicht bewährt. Wer untätig herumsitzen muss, entwickelt rasch alle Begleiterscheinungen, die aus der Langzeitarbeitslosigkeit bekannt sind. Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt kostet dann umso mehr Mühe und Geld.

Wir haben mit der Grünen Initiative „Chancen für Asylsuchende – Rückenwind für die Wirtschaft“ ein Modell vorgeschlagen, das menschliches als auch wirtschaftliches Handeln verbindet. Wir fordern, dass Asylsuchende uneingeschränkten Zugang zu Arbeitsbereichen, bei denen dringender Bedarf besteht, bekommen. Vor allem Lehren in Mangelberufen sollen für Asylsuchende zugänglich sein, mit der Bedingung danach auch weiter im Land arbeiten zu dürfen.

2. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass Asylwerber in Lehre trotz negativem Bescheid nicht abgeschoben werden und nach Abschluss der Ausbildung ein Aufenthaltsrecht in Österreich erhalten?

Ja. Wir haben einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften – und schieben genau jene ab, die bereit sind, zu lernen und zu arbeiten. Das ist weder ökonomisch noch menschlich vertretbar. Mit dem Modell „3+2“ fordern wir Lehren in Mangelberufen für Asylsuchende zugänglich zu machen, mit der Bedingung danach auch mindestens weitere zwei Jahre im Land arbeiten zu dürfen. Die Rot-Weiß-Rot-Karte sollte auch für jene Personen zugänglich sein, die sich in einem Asylverfahren befinden und sich erfolgreich in einer Lehre oder einem Mangelberuf integriert haben. Asylsuchende könnten durch die Rot-Weiß-Rot-Karte ein entsprechendes Aufenthaltsrecht bekommen.

3. Wie beurteilen Sie die aktuellen Regelungen für die Mindestsicherung/Sozialhilfe? Finden Sie eine Deckelung für Familien und die Bindung an das Sprachniveau B1 grundsätzlich gerechtfertigt?

Die Vorarlberger Landesregierung und insbesondere die Grüne Landesrätin Katharina Wiesflecker hat sehr darum gekämpft, dass dies so nicht umgesetzt wird. Leider vergeblich. Wir Grüne haben uns immer klar gegen die Deckelung der Mindestsicherung ausgesprochen und darauf hingewiesen, dass dadurch besonders Kinder in Armut getrieben werden.

Die Bindung der Mindestsicherung an ein bestimmtes Sprachniveau halten wir für ungerecht. Die Mindestsicherung ist für uns eine Grundsicherung. Unabhängig von der Sprache ist der Bedarf für Wohnen, Lebensmittel und

Lebensunterhalt immer gleich hoch. Dennoch braucht es Anreize zum Spracherwerb, vor allem das Angebot an Sprachkursen und Sprachbuddys muss ausgeweitet werden.

4. Wie soll das "humanitäre Bleiberecht" in Zukunft gestaltet werden? Wer soll dafür zuständig sein?

Wir Grüne fordern Mitspracherechte für die Gemeinden und Behörden in Vorarlberg, wenn es um Entscheidungen von Abschiebungen geht. Dass die Landeshauptleute keine Möglichkeit mehr haben, humanitäres Bleiberecht zu gewähren ist ein Fehler im System, der rückgängig gemacht werden muss. Die Menschen vor Ort kämpfen unermüdlich dafür, dass das Zusammenleben in unseren Gemeinden funktioniert. Daher muss der Bund klare Kriterien festlegen und dann den Ländern wieder das Recht einräumen, humanitäres Bleiberecht zu gewähren.

5. Finden Sie es richtig, Menschen bei der derzeitigen Sicherheitslage nach Afghanistan abzuschicken?

Unserer Einschätzung nach kann, aufgrund der aktuellen US-Amerikanischen Afghanistan-Politik, keinesfalls davon gesprochen werden, dass Afghanistan ein sicheres Land ist. Die Gefährdungslage ist dort nicht besser, sondern schlechter geworden.